

Antrag

der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwieweit sich das Land am Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 beteiligen wird;
2. welche Themen und Veranstaltungsformen sie für besonders geeignet hält, um sie im Rahmen des Europäischen Jahrs der Entwicklung in Baden-Württemberg aufzugreifen;
3. ob sie einen Beitrag Baden-Württembergs für das nationale Arbeitsprogramm der Bundesrepublik Deutschland erarbeiten wird;
4. ob sie sich an Ausschreibungen der EU und/oder auf nationaler Ebene zur Kofinanzierung von Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahrs der Entwicklung beteiligen wird;
5. inwieweit die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) in die Vorbereitung und Umsetzung des baden-württembergischen Beitrags zum Europäischen Jahr der Entwicklung eingebunden sein wird;
6. inwieweit bei der Vorbereitung und Umsetzung des Europäischen Jahrs die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen beteiligt werden;

7. inwieweit die Partnerschaft mit Burundi bei der Ausgestaltung des Europäischen Jahrs der Entwicklung eine Rolle spielen wird.

30. 05. 2014

Dr. Lasotta, Hauk, Raab, Gurr-Hirsch, Dr. Löffler CDU

Begründung

Am 16. April 2014 hat der Rat der Europäischen Union einen Beschluss über das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 angenommen. Zuvor hatte bereits das Europäische Parlament seine Zustimmung erteilt. Ziel ist es, in der gesamten Europäischen Union die aktuelle Ausrichtung der Entwicklungspolitik der EU in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und öffentlich zu diskutieren. Bereits seit 1957 gehört die Entwicklungszusammenarbeit zu den Aufgaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. der späteren EU. Heute ist die Europäische Union der weltgrößte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Hauptziel der EU-Entwicklungspolitik ist die Verringerung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut weltweit. Die EU verpflichtete sich in diesem Sinne zu den Zielen der sogenannten Millenniumsagenda. Das Jahr 2015 ist das letzte Jahr, in dem diese Ziele erreicht werden sollen. Zugleich sollen in diesem Jahr auch entscheidende Weichenstellungen für die weltweiten Ziele der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit festgelegt werden (Post-2015-Agenda). Daher eignet sich das Jahr 2015 sowohl für eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen wie auch als Auftakt für eine öffentliche Diskussion über die Zukunft der Entwicklungspolitik. Nach dem Willen der EU soll das Europäische Jahr als Katalysator bei der Sensibilisierung, auch durch öffentliche politische Debatten und Bildungsarbeit im Entwicklungsbereich, der Dynamisierung und dem Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten, den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor, den Sozialpartnern sowie den im Entwicklungsbereich tätigen internationalen Einrichtungen und Organisationen wirken. Für die entwicklungspolitischen Akteure in Baden-Württemberg ist das Europäische Jahr 2015 daher eine gute Gelegenheit, eine breite Öffentlichkeit für die Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit zu sensibilisieren und eine breit angelegte Debatte anzustoßen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. Juni 2014 Nr. V-0123.0 nimmt das Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. inwieweit sich das Land am Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 beteiligen wird;

Zu 1.:

Das Land Baden-Württemberg wird sich im Rahmen vorhandener Möglichkeiten am Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 beteiligen.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg zusammen mit den anderen Ländern im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit im November

2013 und bei der Länderperspektivkonferenz im April 2014 vereinbart, über die Europaminister-Konferenz das Angebot dezentraler Bürgerveranstaltungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Thema des Europäischen Jahres in den Ländern anzuregen. Dem hat die Europaminister-Konferenz in ihrer Sitzung am 5. Juni 2014 mit folgendem Wortlaut zugestimmt: „Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten das BMZ, im Jahr 2015 in Abstimmung mit den Ländern dezentrale Bürgerforen zu den Themen des EU-Entwicklungsjahres durchzuführen.“ Eine entsprechende Anfrage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach einer solchen dezentralen Veranstaltung in Baden-Württemberg wird sorgfältig geprüft und nach Möglichkeit realisiert werden.

2. welche Themen und Veranstaltungsformen sie für besonders geeignet hält, um sie im Rahmen des Europäischen Jahrs der Entwicklung in Baden-Württemberg aufzugreifen;

Zu 2.:

Zu den bewährten Veranstaltungen der Entwicklungszusammenarbeit im Land Baden-Württemberg gehören die Messe Fair Handeln und die Entwicklungspolitische Landeskonferenz, die während der Messe stattfindet. Beide Veranstaltungen sollen das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 als Thema aufnehmen.

Darüber hinaus gedenkt das Staatsministerium, das Thema Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 bei öffentlichen Veranstaltungen etwa im Rahmen der Europawoche zu berücksichtigen. Auch der 62. Europäische Wettbewerb wird sich im Schuljahr 2014/15 am Jahresleitthema „Europäisches Jahr der Entwicklung 2015“ orientieren.

3. ob sie einen Beitrag Baden-Württembergs für das nationale Arbeitsprogramm der Bundesrepublik Deutschland erarbeiten wird;

Zu 3.:

Die Europäische Kommission hat die Richtlinien für das nationale Arbeitsprogramm noch nicht vorgelegt. Erst wenn diese Richtlinien vorliegen, kann eine Beteiligung geprüft werden. Im entsprechenden Koordinierungskreis des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind die Länder über Brandenburg vertreten und bringen ihre Interessen ein.

4. ob sie sich an Ausschreibungen der EU und/oder auf nationaler Ebene zur Kofinanzierung von Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahrs der Entwicklung beteiligen wird;

Zu 4.:

Auch hier liegen seitens der Europäischen Kommission wie seitens der Bundesregierung noch keine Richtlinien vor.

5. inwieweit die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) in die Vorbereitung und Umsetzung des baden-württembergischen Beitrags zum Europäischen Jahr der Entwicklung eingebunden sein wird;

Zu 5.:

Da die SEZ ideeller Träger der Messe Fair Handeln ist, wurde der thematische Bezug zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 für die Veranstaltung im kommenden Jahr (siehe Ziffer 2) bereits einvernehmlich mit ihr erörtert und festgelegt.

6. inwieweit bei der Vorbereitung und Umsetzung des Europäischen Jahrs die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen beteiligt werden;

Zu 6.:

Dem Europäischen Jahr der Entwicklung war bereits bei der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz am 11. April 2013 ein Workshop gewidmet, an dem der stellvertretende Generaldirektor der Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit – EuropAid, Klaus Rudischhauser, teilgenommen hat.

Auch beim Rat für Entwicklungszusammenarbeit war das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 bereits auf der Tagesordnung. Die SEZ ist ebenfalls eingebunden (siehe Ziffer 5). Sobald konkretere Schritte geplant werden können, werden die entsprechenden Gruppen und Organisationen weiter beteiligt.

7. inwieweit die Partnerschaft mit Burundi bei der Ausgestaltung des Europäischen Jahrs der Entwicklung eine Rolle spielen wird.

Zu 7.:

Die Partnerschaft mit Burundi ist ein roter Faden der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg und wird bei allen sich bietenden Gelegenheiten gefördert, so auch beim Europäischen Jahr der Entwicklung 2015.

Friedrich

Minister für Bundesrat, Europa
und internationale Angelegenheiten